

Sehr geehrter Herr Landrat,  
sehr geehrte Mitglieder der Verwaltung,  
sehr geehrte Kreistagskollegen und Besucher,

seit 2020 ist die AfD im Rheinisch-Bergischen Kreistag vertreten. Damit haben wir insgesamt vier Haushaltsdebatten beigewohnt.

Ich wurde als Bürger in dieses Gremium gewählt und war gespannt, nach welchen Mechanismen die Entscheidungen im Kreis vorgenommen werden. Mit dem jetzigen Hintergrund drängt sich einem der Eindruck auf, dass wir in einer permanenten Krise mit Ausnahmezustand agieren.

Denn auch dieses Jahr ist durch massive Probleme gekennzeichnet, wie diverse Brandbriefe der Gemeinden und des Kreises darlegen.

Allen voran steht die Migrationskrise und die durch sie hervorgerufenen finanziellen und gesellschaftlichen Schäden. So jedenfalls der Landrat als Mitunterzeichner des entsprechenden Brandbriefes des Landkreistages.

Aber obwohl damit ein sofortiger Stopp der Migration formuliert wird, fordert der Kreistag auf der anderen Seite mehr Migration als Lösung für den Fachkräftemangel, der ein weiteres fundamentales Problem, auch in diesem Kreise, darstellt. Hier stellt sich eine Schizophrenie der aktuellen Strategien dar.

Jedoch darf auf diesen Sachverhalt nicht hingewiesen werden. „Das sei menschenverachtend“ formulierte die Kreis-SPD stellvertretend, als die AfD mit einem Antrag auf die damit zusammenhängenden gesellschaftlichen Probleme hinwies.

Meine Damen und Herren, nicht das Benennen der Realität ist menschenverachtend, sondern das Ignorieren eben jener, denn damit verspielen wir die Zukunftschancen kommender Generationen.

Mit dem Ignorieren realer Probleme schaffen wir aber auch eine unattraktive, weil unsoziale, verarmende und gewalttätige Gesellschaft, wie allenthalben beobachtet werden kann. Bezeichnend dafür ist nicht nur die zunehmende Gewalt auf den Straßen oder islamistische Machtdemonstrationen. „Man muss sich an das Asoziale erst wieder gewöhnen“ sagte zum Beispiel eine aus Japan zurückkehrende Bekannte über den ÖPNV in Köln und Rhein-Berg. Auch das temporäre „Aussperren“ weißer Bürger aus einem hiesigen Landesmuseum ist symptomatisch für ein grundlegendes gesellschaftliches Problem.

Für qualifizierte Fachkräfte scheint dieses Land immer unattraktiver zu werden. Konsequenterweise wanderten in 2021 eine Viertelmillionen Deutsch in Länder ab, die ihre Bürger wertschätzen und für deren Sicherheit und Wohlbefinden gesorgt wird.

Eine ähnlich irrationale Situation gilt für den Energiesektor, das Haupthemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung. Energie ist die Basis jeglichen Wirtschaftens und die Politik hat dafür zu sorgen, dass diese ausreichend und günstig zur Verfügung steht. Das Grünen-Konzept sieht stattdessen eine „angebotsorientierte Energiepolitik“ vor. Die Menschen sollen also dann Energie nutzen, wenn diese zur Verfügung steht. Konsequenterweise werden aktuelle Rationierungen des Stromverbrauchs diskutiert.

Meine Damen und Herren, durch die freiwillige und eigenständige Förderung volatiler Energien trägt der Rheinisch-Bergische Kreis zu dieser Strategie bei und unterstützt damit die wirtschaftlichen Hemmnisse. Auch sein Engagement in die Wasserstoffregion Rheinland ist nur für strategische und technische Überlegungen sinnvoll. Die Schaffung eines künstlichen Bedarfs durch öffentliche Gelder ist nicht akzeptabel.

Bildung ist eine weitere Voraussetzung, um den Fachkräftebedarf zu decken. Auch, wenn der Kreis hier nur bedingt Einfluss hat, sollte das Thema Teil der Diskussion sein, belegt NRW doch einen der letzten Plätze im Ländervergleich z. B. was den Wortschatz von Zehntklässlern angeht.

Wir haben in Deutschland und damit auch im Rheinisch-Bergischen Kreis kein Quantitäts- sondern ein Qualitätsproblem.

In diesem Rahmen möchte ich auf Äußerungen von Lutz Woellert hinweisen, der für die Mitglieder des Rheinisch-Bergischen Kreises ein Seminar über die Mobilitätswende anbot. Dort hieß es: „...man muss es manchmal auch einfach machen...“, und „...Geld ist genug da...“. Dieser Ausdruck symbolisiert die strategische Ausrichtung der aktuellen Politik.

Aber Geld ist eben nicht genug da, sondern dieses muss erst von den produktiven Kräften der Gesellschaft erarbeitet werden, bevor es ausgegeben werden kann.

Und insofern kann eine Lösungsstrategie auch nicht ausschließlich heißen, mehr Geld zu fordern, auch wenn durch Missachtung des Konnexitätsprinzips Land und Bund eindeutig eine große Mitschuld an der finanziellen Misere von Kreis und Kommune haben.

Es ist also kein Wunder, dass Deutschland und damit auch der Rheinisch-Bergische Kreis in eine schwere Finanzkrise rutscht. Noch ist diese nicht vollständig vor Ort angekommen, das scheint aber nur eine Frage der Zeit zu sein.

In Anbetracht der großen Herausforderungen, vor denen der Rheinisch-Bergische Kreis steht, ist also die Einforderung zusätzlicher Finanzen nicht ausreichend. Insbesondere die fragwürdigen energiepolitischen Subventionen müssen aufgegeben werden. Aber auch die kritiklose Umsetzung der Mobilitätswende, mit einem bedarfsunabhängigen Ausbau von ÖPNV und Radwegen, verschärft grundlos die eigene finanzielle Situation.

Es reicht also nicht, den Status Quo zu halten. Das betrifft die Ausgaben sowie das Personal.

Wir müssen sowohl die Verantwortung übergeordneter Instanzen einfordern, und das sollte auch über Ihre Parteikollegen erfolgen, die für die Missachtung des Konnexitätsprinzips mitverantwortlich sind, als auch die Verwaltungsaufgaben auf das Wesentliche reduzieren, nämlich möglichst sparsam die staatlichen Grunddienste für die Bürger zur Verfügung stellen.

Diese Tendenz ist aus dem vorliegenden Entwurf nicht zu erkennen. Daher werden wir ihn ablehnen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Sebastian Weirauch